

Kolloquium 2019:	« <b>Teilnahmsvoll, teilnahmslos: Gesellschaft und Demokratie zwischen Überengagement und Desinteresse</b> »
Thema 1	« <b>Zentralismus vs. Dezentralismus</b> »
Fragestellung 1.1	« <b>Zukunft der Partizipation: Erhöhen neue Formen der Partizipation die Zentralisierung oder die Dezentralisierung?</b> »
Leitung:	<b>Roger von Mentlen</b>
Experten:	<b>Lukas Niederberger Andreas Müller</b>

#### Thesen

##### 1. *Neue Partizipationsform Ausländerstimmrecht und -wahlrecht*

Wenn der Schweiz Demokratie und Partizipation wichtig sind, muss sie die politische Teilhabe nicht ans Bürgerrecht knüpfen, sondern an das Prinzip „no taxation without representation“. In der Westschweiz (ausser Wallis) ist dies gang und gäbe; allenfalls wird eine Mindestaufenthaltszeit verlangt. (Insgesamt kennen rund 600 Gemeinden der 2212 Gemeinden dieses Recht. Zusätzlich ist die Einbürgerung zu erleichtern.)

##### 2. *Neue Partizipationsform: modernisierte Milizarbeit*

- Gemeinden fusionieren
- Virtuelle Sitzungen, virtueller Dorfplatz
- Co-Leitung von Ämtern, grösserer Einbezug der Bevölkerung
- Weniger Föderalismus dort, wo es Sinn macht, z.B im Bereich Kesb oder Sozialhilfe (Bundesrahmengesetz, kantonale Ausführung)

##### 3. *Neue Partizipationsform Bürgerdienst für alle niedergelassenen Männer und Frauen*

Die 200 Bürgertage könnten von den 20- bis 70-Jährigen in militärischen oder zivilen Diensten absolviert werden. Für einen solchen Dienst spricht, dass die Betreuung von Kindern, Fragilen und Betagten sowie ökologische, soziale und kulturelle Dienste in der Schweiz immer weniger durch Freiwillige geleistet werden können.

Kolloquium 2019:	« <b>Teilnahmsvoll, teilnahmslos: Gesellschaft und Demokratie zwischen Überengagement und Desinteresse</b> »
Thema 1	« <b>Zentralismus vs. Dezentralismus</b> »
Fragestellung 1.2	« <b>Zukunft der Subsidiarität – Familie und Staat: Erhöhen neue Formen der Partizipation die Zentralisierung oder die Dezentralisierung?</b> »
Leitung:	<b>Martin Janssen</b>
Experte:	<b>Dieter Feierabend</b>

## Thesen

### 1. *Technologie treibt Dezentralisierung im 21. Jahrhundert*

Information ist eine Form von Partizipation. Gerade in diesem Bereich erleben wir seit Beginn des 21. Jahrhunderts eine wahre Innovationslawine. Und hier ist ein ganz klarer Trend erkennbar: Die technologischen Innovationen führen zu einer zunehmenden Dezentralisierung, weg von den ehemaligen deutlich zentralisierteren „Wächtern“ – öffentlichem Rundfunk, Massenmedien, Meinungsmachern. Menschen bilden sich zunehmend ihr eigenes Urteil losgelöst von der öffentlichen bzw. der veröffentlichten. Das hat auch dezidiert negative Effekte, wie das „fake news“-Phänomen und die Wahlbeeinflussungen der letzten Jahre zeigen. Auf der positiven Seite stehen Innovationen wie Open Source oder Crowdsourcing, die dezentralisiertere Arbeitsweisen als in der Vergangenheit ermöglichen.

### 2. *In der Parteienlandschaft Europas: mehr Dezentralisierung*

Im 21. Jahrhundert gibt es keine Großparteien mehr, nur noch Mittel- und Kleinparteien. Diese Neuordnung der politischen Systeme wird von manchen als Fragmentierung verstanden und als „Dutchification“ (Verniederländerung) bezeichnet. Andere sehen darin ein wertneutrales Phänomen einer zunehmenden Pluralisierung der Gesellschaft. Dahinter steckt, dass mit zunehmendem Erfolg „politische Entrepreneur“ zentralisierte politische Märkte zerstören – das betrifft sowohl die politische Mitte (z.B. En Marche) wie auch die politischen Ränder (z.B. AfD, oder PiS).

### 3. *In der Zivilgesellschaft: mehr Dezentralisierung*

Auch in der Zivilgesellschaft führt technologische Innovation zu neuen Partizipationsformen, und zu mehr Dezentralisierung. #Fridays4future, die Kampagne rund um Greta Thunberg für eine andere Klimapolitik, konnte so in kürzester Zeit hunderttausende Menschen in mehr als 100 Staaten weltweit mobilisieren. Zunehmende Informationsfreiheit in Europa und damit verbundene Phänomene wie Civic Tech fördern das Engagement und die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, und damit die Dezentralisierung.

### 4. *In der Wirtschaft: ambivalent*

Neue Formen der Partizipation finden im 21. Jahrhundert zu einem großen Maß über technologische Plattformen statt. Die als GAFA (Google, Amazon, Facebook, Apple) bezeichneten Plattformen haben sich in den letzten zwei Dekaden ein Marktoligopol erarbeitet – insofern ist hier eine Zentralisierung zu beobachten. In der digitalen Wirtschaft insgesamt ist eine zunehmende Zentralisierung von Daten in CRM-Systemen und Datenbanken zu beobachten. Dementgegen steht etwa die neue Datenschutzgrundverordnung. In der Wirtschaft insgesamt ist wiederum eher ein Trend zu Dezentralisierung zu beobachten: neue Managementmodelle fördern mehr Mitarbeiterbeteiligung, und der Trend geht weg von der armeebasierten zentralisierten Unternehmenshierarchie.

### 5. *Im Staat: mehr Zentralisierung*

Dass in so gut wie allen Bereichen neue Formen der Partizipation die Dezentralisierung erhöht, könnte ironischerweise dazu führen, dass der Staat stärker zentralisiert. Das dystopische Modell ist hier Chinas „Datakratur“, wo jedwede Beteiligung zentral erfasst und bewertet wird. In westlichen Demokratien stellt sich die Frage nach einer E-identity, also einer zentralisierten elektronischen Identität, um neue Beteiligung effizient zu ermöglichen.

Kolloquium 2019: **«Teilnahmsvoll, teilnahmslos: Gesellschaft und Demokratie zwischen Überengagement und Desinteresse»**

Thema 2 **«Nachfrage nach ‘starken’ Leadern»**

Fragestellung 2.1 **«Starke» Leader: Wer sind sie und wie werden sie «stark?»**

Leitung: **Franziska Borer Blindenbacher**

Expertin: **Heike Scholten**

### Einleitung

Auf den politischen Marktplätzen rund um den Globus werden seit einiger Zeit sogenannte «starke» Leader nachgefragt – zum Teil sind das Leute mit einem autokratischen Profil, die Errungenschaften wie Demokratie und Rechtsstaat nachrangig behandeln. Wer sind die Wähler und Wählerinnen, die diese Profile nachfragen? Wie sieht das Profil eines solchen Leaders aus, wie werden und sind sie «stark»? Trägt ihr Verhalten zu einer Schwächung oder zu einer Stärkung eines demokratischen Rechtsstaats bei? Muss sich der demokratische Rechtsstaat reformieren, um sich an diese Veränderungen anzupassen? Dies führt uns zur brennenden Frage: Ist unser schweizerisches politisches System der (halb-)direkten Demokratie gegen Einflüsse und Auswirkungen solcher «starken» Leader gewappnet?

Entlang dieser Fragen analysieren und diskutieren wir zusammen mit Ihnen nachfolgende Thesen. Wir freuen uns auf einen anregenden, intensiven und weiterführenden Austausch.

### Thesen

«Der Rahmenvertrag wird zum Prüfstein für eine zukunftsfähige Schweiz. Vom Bundesrat ist jetzt Leadership gefordert» twitterte der Unternehmer Jobst Wagner am 11. Februar 2019 zum Beitrag von alt Bundesrat Kaspar Villiger «Der Rahmenvertrag ist gewiss keine maximale Lösung, aber die bestmögliche.» in der Neuen Zürcher Zeitung am selben Tag. Leadership ist die Fähigkeit einer Person, andere durch eigenes, sozial akzeptiertes Verhalten so zu beeinflussen, dass dies bei den Beeinflussten mittelbar oder unmittelbar ein intendiertes Verhalten bewirkt. Ein starker Leader ist in der Lage, diese Vision nicht nur sprachlich überzeugend zu formulieren, sondern sie auch mit Werten und Überzeugungen zu füllen und sie durch das eigene Handeln vorzuleben: mit Leidenschaft. Durch unsere Tradition der liberalen (Kopf-statt-Herz-)Ordnung und ihrem grossen Respekt vor den demokratischen Institutionen kommt diese Leidenschaft möglicherweise aber zu kurz. Aber wo sie fehlt, herrscht Kälte, welche die Türe öffnet nach anderen «starken» Leadern. In unserem Panel gehen wir der Frage nach, wer starke Leader sind, was sie aus- und kennzeichnet. Wir gehen auf Spurensuche, wie sie stark werden und sich ihre Gefolgschaft generieren.

**These 1: Charisma ist eine wesentliche Voraussetzung für die Zuschreibung von Macht, die ein «starker Leader» braucht.**

Charisma bezeichnet eine besondere persönliche, eine gewinnende Ausstrahlung. Charismatische Personen können Menschen in ihren Bann ziehen, sie begeistern und sie überzeugen. Obama, Trump, Macron, Erdogan – zweifelsohne Leader respektive Führer, die auf viele Menschen eine grosse Anziehungskraft haben. In der Politik mündet diese Anziehungskraft in Wählerstimmen und damit verbunden oft auch der Hoffnung auf einen starken Leader, der die Sozialstruktur verändert und entschieden anpackt.

**Fragen:** Sind wir in der direkten Demokratie besser gewappnet vor charismatischen Führern oder behindert die direkte Demokratie charismatische Führer und damit mehr Leadership in der Politik, die ein entschlosseneres Handeln legitimiert?

**These 2: Die geschickte Nutzung von Institutionen und Medien sind Teil des Erfolgs von «starken» Leadern.**

Wer das Trennende über das Einigende stellt, dem ist die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit gewiss, der oder die ist auf der Agenda. Auf der Agenda sein heisst, sich Definitionsmacht, Respekt und Anerkennung beim Publikum zu erarbeiten. Das funktioniert in den «Blasen» der klassischen Massenmedien wie der schnelleren sozialen Medien annähernd gleich. Wer dieses Handwerk beherrscht und die nötigen Ressourcen hat alle Kanäle nach draussen zu bespielen, ist «stark». Wer darüber hinaus die Institutionen kritisiert und sie gleichzeitig für seinen Machtanspruch kapitalisiert, beherrscht die Disziplinen, um Wut in Politik zu verwandeln.

**Fragen:** Können Institutionen durch «starke» Führer beschädigt werden und wenn ja: Wie stärken wir Institutionen vor populistischen Angriffen durch charismatische Führer? Ist die Meinungsvielfalt als Grundwert einer funktionierenden Demokratie gefährdet, wenn der Zugang zunehmend abhängiger von den Ressourcen des Absenders wird? Sollen oder müssen wir die Meinungsvielfalt stärken und wenn ja, wie und durch wen?

**These 3: Ausbleibender wirtschaftlicher Fortschritt – real und vermeintlich - ist der wichtigste Treiber für den Aufstieg von «starken» Leadern.**

«Die Menschen hätten gerne Fortschritt, aber sie sehen keinen. Sie strampeln sich ab und dennoch bleibt nichts übrig. Das führt einerseits zu Frust und andererseits zu Misstrauen gegenüber denen, die es besser haben. Die populistische Revolte, die den Westen erfasst, ist hauptsächlich darauf zurückzuführen. Es geht nicht primär um Anerkennung und Würde, es geht um einfache, reine, harte Ökonomie. Die spaltende Kraft ist die Stagnation.» (Ausschnitt aus Interview mit Peter Thiel, NZZ, 3.4.2019)

**Fragen:** Ist tatsächlich der Zustand einer Ökonomie massgebend für den Aufstieg von diesen neuen Leadern? «Starke» Leader kommen von allen politischen Richtungen: Wie ist das durch die Ökonomie erklärbar, wenn überhaupt? Was wären ökonomische Lösungsansätze, die diese spaltende Kraft der Stagnation aufhalten könnten?

Kolloquium 2019: **«Teilnahmsvoll, teilnahmslos: Gesellschaft und Demokratie zwischen Überengagement und Desinteresse»**

Thema 2 **«Nachfrage nach ‘starken’ Leadern»**

Fragestellung 2.2 **«Auflösung der Demokratie und des Rechtsstaats: Chancen und Risiken.»**

Leitung: **Marina Masoni**

Experte: **Ronnie Grob**

### Einleitung

Auf den politischen Marktplätzen rund um den Globus werden seit einiger Zeit sogenannte «starke» Leader nachgefragt – zum Teil sind das Leute mit einem autokratischen Profil, die Errungenschaften wie Demokratie und Rechtsstaat nachrangig behandeln. Wer sind die Wähler und Wählerinnen, die diese Profile nachfragen? Wie sieht das Profil eines solchen Leaders aus, wie werden und sind sie «stark»? Trägt ihr Verhalten zu einer Schwächung oder zu einer Stärkung eines demokratischen Rechtsstaats bei? Muss sich der demokratische Rechtsstaat reformieren, um sich an diese Veränderungen anzupassen? Dies führt uns zur brennenden Frage: Ist unser schweizerisches politisches System der (halb-)direkten Demokratie gegen Einflüsse und Auswirkungen solcher «starken» Leader gewappnet?

Entlang dieser Fragen analysieren und diskutieren wir zusammen mit Ihnen nachfolgende Thesen. Wir freuen uns auf einen anregenden, intensiven und weiterführenden Austausch.

### Thesen

- *Welche Gründe führen dazu, dass Wählerinnen und Wähler ihre Stimme Politikern geben, die sich autokratisch aufführen und Errungenschaften wie Demokratie und Rechtsstaat nachrangig behandeln?*
- *Wie können rechtsstaatlich-demokratisch orientierte Kräfte solche Wähler und Wählerinnen ansprechen und miteinbeziehen?*
- *Sind Rechtsstaat und Demokratie anzupassen? Oder reicht eine neue Einstellung und Arbeitsweise innerhalb der aktuellen Institutionen aus?*

#### **These 1: Verzweiflung und Trotz der Wähler und Wählerinnen**

Wenn rechtsstaatlich-demokratisch orientierte Institutionen, Parteien oder Politiker wiederholt den Willen der Wählenden nicht verstehen können oder verstehen wollen (und desto weniger umsetzen können und wollen), dann wählen diese anstelle von ihnen auch einmal andere, vielleicht fragwürdige Angebote aus. Diese neuen Leader werden weniger aus Leichtsinns gewählt, sondern mehr aus Verzweiflung aufgrund des Ausbleibens von Angeboten rechtsstaatlich orientierter Personen (Meinungsmacher, Leader, Influencer). Exponenten oder einzelne Wählerinnen und Wähler die vorschnell als «Populisten» oder «Demagogen» gebrandmarkt werden, fordern zudem den Trotz weiterer heraus. Ein Teufelskreis.

**Fragen:** Wie können die verschiedenen, oft in Gegensatz zueinander stehenden Aussagen der einzelnen Bürgerinnen und Bürger, die heute oft direkt – also ohne Vermittlung von Parteien, Gewerkschaften oder klassischen Medien – zum Ausdruck kommen, verstanden werden? Wie können diese Stimmen zur Bildung eines gemeinsamen, anerkannten Willens beitragen, der konkret umgesetzt werden kann und soll?

**These 2: Eine Mediendynamik zu Ungunsten der Sachorientierten und des «slow thinking»**  
«Populisten» und «Blender», die eine unmittelbare Problemlösung versprechen, erhalten in den klassischen und sozialen Medien viel Aufmerksamkeit und werden so immer bekannter. Nüchterne Sachpolitiker\*innen und komplexes Denken dagegen kommen weniger zu Wort. Verantwortlich für diese Mediendynamik sind sowohl die Blender selbst, aber auch die Aufmerksamkeit, die sie von Journalist\*innen, Influencern, Propagandisten, und vor allem von Medienkonsumierenden erhalten.

**Fragen:** Wie kann man in der neuen Kommunikationslandschaft zur Orientierung an der Sache, zur sachlichen Kommunikation und vertieften, konstruktiven Diskussion beitragen? Wie erhalten sachliche Positionen und kluge, zielführende Debatten in einer empörungsbereiten und skandalhungrigen Mediendynamik Aufmerksamkeit?

Kolloquium 2019:        **«Teilnahmsvoll, teilnahmslos: Gesellschaft und Demokratie zwischen Überengagement und Desinteresse»**

Thema 2                    **«Nachfrage nach ‘starken’ Leadern»**

Fragestellung 2.3       **«Ist das System gewappnet gegen ‘starke’ Leader?»**

Leitung:                   **Anja Wyden Guelpa**

Expertinnen:             **Nadja Braun Binder  
Petra Huth**

### Einleitung

Auf den politischen Marktplätzen rund um den Globus werden seit einiger Zeit sogenannte «starke» Leader nachgefragt – zum Teil sind das Leute mit einem autokratischen Profil, die Errungenschaften wie Demokratie und Rechtsstaat nachrangig behandeln. Wer sind die Wähler und Wählerinnen, die diese Profile nachfragen? Wie sieht das Profil eines solchen Leaders aus, wie werden und sind sie «stark»? Trägt ihr Verhalten zu einer Schwächung oder zu einer Stärkung eines demokratischen Rechtsstaats bei? Muss sich der demokratische Rechtsstaat reformieren, um sich an diese Veränderungen anzupassen? Dies führt uns zur brennenden Frage: Ist unser schweizerisches politisches System der (halb-)direkten Demokratie gegen Einflüsse und Auswirkungen solcher «starken» Leader gewappnet?

Entlang dieser Fragen analysieren und diskutieren wir zusammen mit Ihnen nachfolgende Thesen. Wir freuen uns auf einen anregenden, intensiven und weiterführenden Austausch.

### Thesen

Der globale Anstieg des Populismus entspricht heute 20 Prozent der europäischen Wählerinnen und Wähler und hat die globalen demokratischen Ansichten verändert. Gedeiht der Populismus nur deshalb, weil die Demokratien es zulassen? Wie sieht die Zukunft des Open Society-Konzepts aus? Werden wir alle autoritärer werden? Wie können Gesellschaften mit dem Wunsch nach –«starken» Leadern umgehen? Schützt uns in der Schweiz unser komplexes politisches und institutionelles System gegen «starke» Leader? Oder ist es einfach eine Frage der Zeit, bis auch diese Tendenz die Schweiz mit ein paar Jahren Verspätung erreicht?

#### **These 1: Machtmissbrauch oder gar Machtkonzentration zu verhindern ist ein wichtiges Prinzip unseres politischen Systems.**

Minderheiten in der Schweiz sind seit je her durch ihre Abneigung gegen «starke» Leader verbunden. Die Akkumulation von Macht bei einzelnen Personen zieht die Gefahr des Machtmissbrauchs nach sich. Die Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft ist auf die *Verhinderung von Machtakkumulation einzelner Personen* angelegt.

**Fragen:** Wie können diese Grundpfeiler unserer Demokratie gestärkt und die abnehmende Integration aller Interessen gefördert werden, um die für unseren Wohlstand wichtige politische Stabilität der Schweiz zu bewahren?

**These 2: Direkte Demokratie und die Intransparenz in der Finanzierung der Politik birgt Risiken und könnte dazu beitragen, einem «starken» Leader Gewicht zu verleihen.**

Direkte Demokratie nimmt eine ambivalente Rolle ein. Sie verhindert und ermöglicht «starke» Leader. Während die Referendumsdrohung zu mehrheitsfähigen Entscheidungen beiträgt, erlaubt die Volksinitiative die Lancierung von pointierten Ideen und die Profilierung von Einzelpersonen. Intransparenz in der Politikfinanzierung erlaubt es finanzstarken Einzelpersonen im Hintergrund Einfluss auszuüben.

**Frage:** Wie können wir unsere Demokratie pflegen und weiterentwickeln?



Kolloquium 2019	« <b>Teilnahmsvoll, teilnahmslos: Gesellschaft und Demokratie zwischen Überengagement und Desinteresse</b> »
Thema 3	« <b>Bewegungen vs. Strukturen</b> »
Fragestellung 3.1	« <b>Politische Parteien oder nur noch Bewegungen?</b> »
Leitung	<b>Ursula Fraefel</b>
Experte	<b>Gerhard Pfister</b>

### Einleitung

In diesem Workshop soll diskutiert werden, inwiefern Bewegungen in der direkten Demokratie die klassischen Aufgaben von Parteien übernehmen können oder sollen, mit welchen Folgen. Welchen Stellenwert haben Bewegungen wie „operation libero“, die für sich beansprucht, Abstimmungskämpfe gewonnen zu haben? Inwiefern nutzen SVP und SP Auns und Juso als radikal Avantgardesatelliten, die wie Bewegungen organisiert sind? Welchen Einfluss hat eine Internetplattform wie „wecollect“, die unabhängig von Parteien referendumsfähig und potentiell initiativfähig ist? Ersetzen Bewegungen Parteien? In den westlichen Demokratien scheint sich das Kräftegefüge in der Politik zu ändern. Von Trump über Macron bis zu Kurz: Erfolg hat, wer seine Partei zu einer Bewegung umgestalten kann. Die klassische Volkspartei als Sammelbewegung unterschiedlicher gesellschaftlicher Schichten scheint an Bedeutung zu verlieren. Die langfristige Bindungskraft von Parteien nimmt ab, die kurzfristige von thematisch fokussierten Bewegungen nimmt zu – je nach aktueller Debattenlage.

### Thesen

Folgende Thesen sollen Ausgang für die Diskussion sein:

1. Die direkte Demokratie und das konkordante Regierungssystem der Schweiz verstehen es, Bewegungen zu integrieren. Auch populistische Strömungen werden durch Abstimmungen institutionell eingebunden. Dadurch bleibt das System auch bei Wahlen vergleichsweise stabil.
2. Bewegungen als Alternative zu den klassischen Volksparteien sind kurzfristig unter Umständen erfolgreich. Sofern klassische Parteien es aber verstehen, Sorgen der Bevölkerung aufzunehmen, und eigene Lösungsvorschläge zu entwickeln, können sie ihre dominante Rolle weiterhin ausüben.
3. Die Digitalisierung eröffnet neue Möglichkeiten für Parteien wie Bewegungen, was die direkte Ansprache und den Dialog mit der Bevölkerung betrifft. Parteien sollten sich diese Möglichkeiten zunutze machen, wie es Bewegungen erfolgreich tun.
4. Parteien werden weiterhin ihre wichtige Rolle in den westlichen Demokratien behalten, wenn sie es verstehen, (auch) zu Bewegungen zu werden.
5. Parteien verlieren in der Gesellschaft auch deshalb an Rückhalt, weil die Institutionen, die sie im politischen System repräsentieren und mit denen sie traditionell verbunden sind, ebenfalls an Rückhalt verlieren: die Wirtschaftsverbände, die Kirche, die Gewerkschaften, die Medien. Die Menschen suchen nach neuen Gruppen, mit denen sie sich identifizieren können. Die Polparteien haben den Vorteil, dass sie sich quasi als Ersatzreligionen (für die Nation, fürs Klima) anbieten.
6. Aus liberaler Sicht bringen Bewegungen willkommene neue Ideen und Ansätze in den demokratischen Diskurs. Wer den freien Wettbewerb der Ideen will, darf sich nicht daran stören, wenn diese Ideen in neuen Formen in den demokratischen Diskurs einfließen.
7. Aus staatspolitischer Sicht sind die Vielfalt der Meinungen und der demokratischen Debatte zentraler als die Frage der Repräsentanz dieser Meinungen. Insofern spielt es keine Rolle, ob es Parteien oder Bewegungen sind, die die Debatte prägen.
8. Bewegungen beginnen als Bewegungen. Wollen sie nachhaltigen Einfluss gewinnen, müssen sie sich parteiähnliche Strukturen geben.

9. Bewegungen wollen neu sein und frei von Altlasten. Sie präsentieren sich als unbelastete Alternative zu den «alt» gewordenen Parteien und zum in Verruf geratenen Establishment. Da sie aber nicht auf Dauer neu sein können, werden sie mit der Zeit und sobald sie sich feste Strukturen geben, an Attraktivität verlieren.

Kolloquium 2019      **«Teilnahmsvoll, teilnahmslos: Gesellschaft und Demokratie zwischen Überengagement und Desinteresse»**

Thema 3                **«Bewegungen vs. Strukturen»**

Fragestellung 3.2    **«Öffentliche Sicherheit – mobilisierte Massen als Herausforderung»**

Leitung                **Christian Kuoni**

Experte                **Peter-Martin Meier**

## Thesen

### 1. «Bewegte» und Unzufriedene bringen traditionelle Systeme ins Wanken

- Schon die Wahlkampagne von Präsident Obama nutzte «social media» und die Unzufriedenheit der meisten Amerikaner mit der Präsidentschaft von George W. Bush.
- Donald Trump mobilisierte die Globalisierungsverlierer und deren Abneigung gegen die Eliten via «social media».
- Macrons «République en marche» stürzte alte Parteien und ungeliebte Politiker, positionierte sich als Hoffnungsträger, indem er sich mit der Aura des Erneuerers umgab.
- Weil Macron die Erwartungen nicht erfüllte oder sogar gegen die Bedürfnisse der Bürger politisierte, wird er nun seinerseits von den «gilets jaunes» herausgefordert.
- #MeToo wollte sexuelle Gewalt an Frauen anprangern und löste Reaktionen aus, die nun überall geltend gemachte Übergriffe auf allerlei Minderheiten und sogenannt Diskriminierte tabuisieren und strafrechtlich belangen wollen.

### 2. Gewaltbereitschaft und Selbstjustiz überfordern die Ordnungskräfte

- Weil «Ultras», «Hooligans» und Aktivisten aller Art (1. Mai, WEF, G20, Antifa, ...) alle Bemühungen, ihre Gewaltbereitschaft einzudämmen, ins Leere laufen lassen, sind viele Ordnungskräfte mit ihren Kapazitäten am Anschlag. Die polizeiliche Grundversorgung leidet unter den häufigen Grossaufgeboten.
- Die genannten Gruppen nutzen «social media» und elektronische Kommunikationskanäle zur kurzfristigen, flexiblen, schnellen Zusammenrottung und können so Ordnungskräfte austricksen oder ihnen gar in den Rücken fallen.
- Angriffe auf missliebige Politiker, Journalisten oder auf Firmen und deren Chefs werden medial angezettelt und anschliessend breit unterstützt.

### 3. Völkerwanderung stellt Traditionen auf den Kopf und sprengt Europa

- Die zahlreiche Einwanderung vor allem muslimischer junger Männer aus dem Maghreb und dem Balkan sowie deren Vermischung mit bereits ansässigen Muslimen beeinflusst die kulturelle Wahrnehmung unserer Gesellschaft. Ihre gewaltbereitere, urtümlich patriarchalische Haltung stellt oft die Religion über das Gesetz. Sie unterwandert die auf Dialog und demokratisch beschlossenen Recht basierende Zivilisation Europas.
- «fortune seekers» aus Afrika und dem Hindukusch wandern in der Hoffnung, in Europa bessere Verhältnisse zu finden, landen mangels Qualifikationen oder Sprachkenntnissen aber meist bei der Sozialhilfe und torpedieren die Stabilität der europäischen Bevölkerung mit Drogenhandel.
- Weil Medien und Politik sich weigern, die Realität anzuerkennen, können die staatlichen Strukturen nicht an die sich wandelnden Bedürfnisse angepasst werden.

#### 4. *Machtpolitik wird subtil transportiert*

- Die Wahlkampagne von Donald Trump wurde angeblich von Russland via «social media» unterstützt, um die politisch erfahrenere und kriegsbereitere Hillary Clinton zu verhindern. Ähnliches wird nun bei den kommenden Bundestagswahlen befürchtet, damit Deutschland russlandfreundlicher würde.
- Russland spioniert offensichtlich, beseitigt politische Gegner und versucht, die öffentliche Meinung in Europa zu beeinflussen. Deshalb verlangte die Europäische Union von den grossen «social media», dass diese die Konten russischer Kanäle sperren.
- In Venezuela mobilisierte sich die Opposition explosionsartig via «social media» und wird von den USA sowie vielen westlichen Ländern unterstützt, während Kuba und Russland die Regierung Maduro mit Propaganda und Beratern zu stützen versuchen.
- China baut Stützpunkte im südchinesischen Meer in fremden Hoheitsgewässern und schert sich einen Deut um Gerichtsurteile. Die neue Seidenstrasse dient der Machtprojektion und der Aufkauf zahlreicher Firmen auf der ganzen Welt hat wohl nicht nur wirtschaftliche Hintergründe. In weiten Kreisen wird auch befürchtet, dass Telekomponenten von Huawei der chinesischen Spionage dienen könnten.

#### 5. *Cyberattacken untergraben das Vertrauen in Institutionen und Sicherheitssysteme*

- In den letzten Jahren wurden zahlreiche erfolgreiche «Hackings» auf staatliche Einrichtungen, aber auch auf private Firmen und Spitäler bekannt. Als Beispiele dienen die Verwaltungsserver von Estland, die Nationalbank von Bangladesch, die RUAG und die Swisscom, Facebook sowie Spitäler in Norwegen und Deutschland.
- Gleichzeitig bleibt die Bevölkerung, wie auch Politiker und Verantwortungsträger, ausgesprochen arglos im Hinblick auf persönliche Daten, die sie im Internet preisgeben.
- Es erscheint nur als eine Frage der Zeit, bis sicherheitsrelevante Daten zur Erpressung oder zur politischen Beeinflussung genutzt werden.

Kolloquium 2019      **«Teilnahmsvoll, teilnahmslos: Gesellschaft und Demokratie zwischen Überengagement und Desinteresse»**

Thema 3                **«Bewegungen vs. Strukturen»**

Fragestellung 3.3   **«Unternehmen ohne Personal: Abschied vom Arbeitsmarkt?»**

Leitung                **Konrad Hummler**

Experte                **Cedric Waldburger**

#### Thesen

1. In seinem grundlegenden Aufsatz «The Nature of the Firm» aus dem Jahre 1937 beschrieb der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler und spätere Nobelpreisträger Ronald Coase (1910 – 2013) die Unternehmung als ein Instrument zur Organisation und Koordination von Transaktionen. Eine Unternehmung rechtfertigt sich laut Coase dann, wenn dafür die internen Kosten tiefer ausfallen, als wenn alles extern organisiert werden müsste. Angelpunkt in Coase's Firmentheorie sind die *Informations- und Transaktionskosten*. Während langer Zeit sprachen intern zu erzielende Synergiegewinne für grosse und noch grössere Unternehmungen, da sich auf diese Weise die Informations- und Transaktionskosten auf mehr Stückzahlen und Köpfe verteilen liessen. In hochregulierten Sektoren der Wirtschaft (Banken!) ist das immer noch so.
2. Die Informations- und Transaktionskosten konnten dank dem Fortschritt der Technik in den letzten Jahren generell aber extrem gesenkt werden, zum Teil bewegen sie sich nahe am Nullpunkt. So ist etwa die Teilnahme an Verkaufsplattformen wie Amazon oder Ricardo beinahe kostenlos. In Anwendung der Firmentheorie von Ronald Coase müsste nun eine Bewegung in umgekehrte Richtung eintreten bzw. ist schon eingetreten: Die Ablösung von grossen Firmen durch immer kleinere und kleinste Einheiten – bis hin zur personallosen Einmannunternehmung. Airbnb und Uber sind Fanal für diese Entwicklung: An die Stelle von grossen Transportunternehmungen oder kapitalschweren Hotelketten sind Netzwerke völlig disperser Einzelunternehmungen getreten. Typischerweise sorgen die Einmannunternehmer für die Produktionsfaktoren Arbeit (Fahren, Zimmerdienst) und Kapital (Auto, Wohnung).
3. Es ist absehbar, dass diese Dekonstruktion der Wirtschaft im Unternehmensbereich fortschreiten wird. So wird berichtet über Innovationszentren von Firmen, die für andere Unternehmungen Startups wie auch für Kunden offenstehen. Oder man hört über neue Finanzierungsformen für Working Capital, indem Investoren Eigentum am Inventar von Firmen erwerben. Die grosse Zerlegung im Unternehmenssektor scheint in Gang gekommen zu sein.
4. Vor diesem Hintergrund wollen wir über künftige Arbeits- und Beschäftigungsmodelle diskutieren. Die Anstellung, insbesondere jene auf Lebenszeit, scheint ausgedient zu haben. Mehrere Jobs parallel zu haben dürfte zur Normalität werden. Minimale oder maximale Arbeitszeiten erscheinen wenig sinnvoll, ebenso Minimallöhne. Vielmehr wird man dann zu arbeiten beginnen wollen, sobald sich das lohnt. Wie der amerikanische Uniprofessor, der bei Regen (und einhergehenden höheren Tarifen) zum Überfahrer wird. Die Abgrenzung Arbeitgeber/Arbeitnehmer wird immer diffuser. Welche Rolle kann/soll dann ein stark öffentlichkeitsgeprägtes Arbeitsrecht spielen? Welche Bedeutung wird den Gewerkschaften zukommen? Wie muss ein Sozialsystem aus- oder umgebaut werden, das stark auf der Funktionenteilung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufbaute?